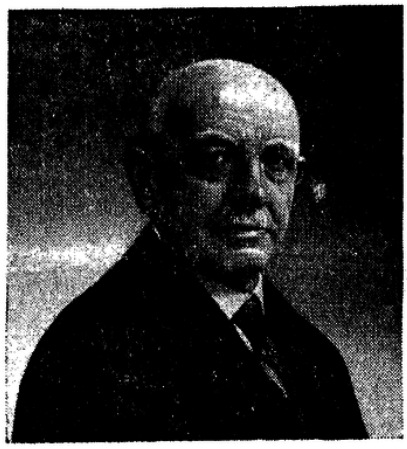
Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes

Nr. 18 / 42. Jahrgang | Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 30 Pf. | Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 14 II Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120 | Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos | Berlin, 4. Mai 1928

Peter Blum, 25 Jahre Führer unseres Verbandes!

Am 1. Mai 1903 trat unser Hauptvorsitzender Peter Blum sein Amt als Sekretär und damit zugleich als erster Angestellter des Zentralvorstandes vom damaligen Verband der Sattler an. Ganz anders lagen die Verhältnisse als heute. Schier endlos die Arbeitszeit, niedrig die Löhne, klein die Schar der Aufrechten, die es sich als Ziel gesteckt hatten, die Mauern der Reaktion niederzureißen und ein besseres Dasein für die arbeitende Menschheit zu erringen. Rund 4000 Mitglieder zählte der Verband der Sattler, ungefähr RM. 14 500 betrug das Verbandsvermögen. Blum hat es uns anläßlich des Umzuges in das eigene Heim des Verbandes selbst erzählt, wie er sich die wenigen Geschäftsbücher und sonstige Verbandsmaterialien in einem kleinen Handwagen zusammenholen mußte, um die neuen Funktionen im neuen Bureau, einer kleinen Kammer neben seiner Wohnung, ausüben zu können.



Wie wenige unserer Verbandskollegen, ist Peter Blum mit der Entwicklung unseres Verbandes eng verwachsen. Im Rheinland geboren, erlernte er das Sattlerhandwerk, ging dann auf die Wanderschaft, um später seinen dauernden Wohnsitz in Berlin zu nehmen. Hier vollzog Blum im Frühjahr 1890 seinen Eintritt in den Allgemeinen Deutschen Sattlerverein. Seit dieser Zeit, fast vier Jahrzehnte, hat Blum ununterbrochen seine besten Kräfte für die Arbeiterbewegung im allgemeinen und seine Berufskollegen im besonderen gegeben. Bereits 1891 sehen wir ihn in Berlin als Ortskassierer, 1893 als Vorsitzenden wirken. Am 1. April 1896 wurde Peter Blum als Ausschußvorsitzender gewählt und in diesem Amt auf allen kommenden Verbandstagen, bis zu seiner Anstellung als Sekretär der Zentralleitung beschäftigt.

In welchem hohen Maße Peter Blum immer das Vertrauen der Kollegen hatte, ersehen wir daraus, daß er seit 1892 auf alle Verbandstage als Vertreter der Berliner Kollegen delegiert wurde. 1892 war es der Kongreß der Delegierten des Allgemeinen Deutschen Sattlervereins und des Allgemeinen Deutschen Tapeziererverein in Berlin, wo die Geister aufeinanderstießen. Die Vertreter der Sattler, darunter Peter Blum, traten für die Verschmelzung beider Verbände ein. Die Vertreter der Tapezierer waren in ihrer Mehrheit dagegen, weil die Entwicklung noch nicht reif dazu sei und der Kongreß ging resultatlos auseinander. Auch später sind ähnliche Versuche unternommen worden, ebenfalls mit negativem Resultat. Und doch hat die Zeit gesiegt. Im Jahre 1909 fand die Verschmelzung des Verbandes der Sattler mit dem Verband der Portefeuiller statt, und im Jahre 1920 vollzog sich die langerstrebte Vereinigung mit dem Verband der Tapezierer. Peter Blum war es als Vorsitzenden der nunmehr vereinigten Sattler, Tapezierer und Portefeuiller vergönnt, das vollendet zu sehen, was er fast drei Jahrzehnte ersehnt und erkämpft hatte. Die geeinigte Organisation zählt heute über dreißigtausend Mitglieder und wir können wohl ohne Ueberhebung sagen, daß sie sich ihrer Leistungen nicht zu schämen braucht.

Daß die Entwicklung diesen Weg genommen hat, ist zum nicht geringen Teil das Werk unseres Kollegen Blum. Peter Blum hat auch sonst in der Arbeiterbewegung seinen Mann gestanden, das beweist schon allein die Tatsache, daß er in seinem Wohnort Köpenick bis zum Jahre 1922 mit dem Ehrenamt eines unbesoldeten Stadtrates betraut wurde. Peter Blum ist heute kein Jüngling mehr. Am 17. Juni d. J. wird er seinen 65. Geburtstag feiern. Blickt er zurück auf sein langes Leben, so kann er mit Recht sagen: „Es ist Mühe und Arbeit gewesen". Aber diese Arbeit war getragen von Erfolg und kann es denn etwas Schöneres geben als ein ganzes Leben gearbeitet zu haben am Aufstieg der Arbeiterklasse und seiner Berufskollegen und -kolleginnen, um dann feststellen zu können, die Arbeit war nicht umsonst, es ist vorwärts gegangen auf der ganzen Linie.

Aus kleinsten Anfängen ist die Bewegung emporgehoben zu ihrer heutigen Macht und ihrem Ansehen. In all den schweren Kämpfen der zurückliegenden Jahrzehnte ist Peter Blum gewesen — der Vorsitzende, der mit klarem Blick und ruhiger Ueberlegenheit die Leitung in der Hand behielt.

Wir ehren in Peter Blum an seinem Ehrentage den Führer und den Menschen, der uns allen ein treuer Freund und Berater gewesen und hoffen, daß er noch recht lange in voller Gesundheit und Geistesfrische uns und den Seinen erhalten bleiben möge. Unserer aller Aufgabe soll es sein, mit Peter Blum weiter zu arbeiten an der Aufgabe, der er in beinahe vier Jahrzehnten die Treue gehalten hat, und in der Bewegung, der Peter Blum seit 25 Jahren als Führer vorangeht.

Die Tarifverhandlungen in der Lederwarenindustrie.

Zurzeit liegt ein positiver Abschluß noch von keinem Bezirk vor. Zuerst hatte es den Anschein, als sollte es im Gebiet des Berliner Bundesvertrages zur Einigung kommen. Unser Hauptvorstand nahm Stellung zu den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen. Außer der Bewilligung der Ferien für Heimarbeiter waren alle anderen Forderungen der Arbeiter abgelehnt worden. Unsere Unterhändler wurden beauftragt, erneut um eine Besprechung mit den Fabrikanten nachzusuchen. In dieser wurde nur zur Ortsklasseneinteilung Stellung genommen, alles andere aber abgelehnt. In verschiedenen Positionen wurde eine Nachprüfung in Aussicht gestellt. Die Arbeitgeber glaubten nun, daß unsererseits jeder Verbesserungsversuch aufgegeben sei und sandten uns den Entwurf zu einem neuen Tarifvertrag zur Unterschrift ein, die wir aber ablehnten. Nun wird sich das Reichsarbeitsministerium damit beschäftigen.

Im Gebiete des bisherigen Offenbacher Vertrages ist alles noch im Fluß. Nach der Tarifamtsentscheidung ist der Spitzenverband der deutschen Lederwarenindustriellen nicht mehr vertragsfähig, oder um mit Herrn Dr. Cratz zu reden: „bewußt vertragsunfähig". Die Arbeitgeberverbände der einzelnen Bezirke halten nun die Verpflichtung, ihrerseits zu Händen des Tarifamtes Abänderungsvorschläge einzureichen. Es war damals noch in Aussicht gekommen, wenn auch gesonderte Verträge abzuschließen, dann aber gemeinschaftlich zu verhandeln. Nichts ist von alledem eingehalten worden.

Die Offenbacher Vereinigung der Lederwarenfabrikanten sandte an unsere Offenbacher Ortsverwaltung ein längeres Schreiben mit dem Ersuchen, am 16. April und folgende Tage zu verhandeln, eventuell den Schlichter in Darmstadt anzurufen. Da unser Hauptvorstand gemäß unserer Hamburger Verbandstagsbeschlüsse sich auf den Boden möglichst zentraler Abschlüsse stellte, so nahm Kollege Blum an den Offenbacher Verhandlungen teil. Verhandlungen kann man aber ein solches Zusammensitzen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht nennen. Es dürfte überhaupt kaum möglich sein, ein solches Niveau zu unterbieten. Mit dem ehrlichen Gegner der gewillt ist auch den anderen Teil als vollwertig anzusehen, tauscht man gern gegenseitig seine Forderungen aus. Hier sollten uns aber, genau wie 1926, die Absichten der Arbeitgeber tropfenweise bekanntgegeben werden. Es dürfte im wirtschaftlichen Kampf ein Novum sein, wenn ein Syndikus der Arbeitgeber sich wie folgt zu diesem Kapitel äußert: „Wir sind bereit, Ihnen unsere Forderungen zu § 1 des Vertrages mitzuteilen und dann nehmen wir Ihre Wünsche zu diesem Paragraphen entgegen. Zu § 2 sagen Sie zuerst Ihre Forderungen und wir werden dann unsere Wünsche bekannt geben. So abwechselnd bis zum Schluß". Wir haben dieses abgelehnt und nach vierstündigem Ringen bequemten sich die Herren, ihre Forderungen uns zu übermitteln, weil wir den Standpunkt nicht verlassen konnten, daß der kündigende Teil verpflichtet ist, dem anderen Vertragsteil seine Abänderungswünsche mitzuteilen. Nachdem haben wir dann unsere Forderungen in derselben Form ihnen vorgetragen. Die nun folgenden Verhandlungen waren fruchtlos. Die Arbeitgebervertreter gingen von ihren Verschlechterungsanträgen nicht ab, was zur Folge hatte, daß wir ebenso starr blieben. Wir erklärten aber, daß wir bereit wären, in eine Nachprüfung unserer Forderungen einzutreten, wenn auf der anderen Seite der Wille gezeigt würde, in der Richtung auf eine Besserstellung der

Lohn- und Arbeitsbedingungen zu tendieren. Aber auch dies alles half nichts. Schließlich wurde uns das Angebot gemacht, den alten Vertrag auf zwei Jahre zu erneuern. Hierzu konnten wir nicht die Hand bieten und wir gingen resultatlos auseinander. Was nun folgt, wissen wir nicht. Wir wollen es an dieser Stelle unterlassen, unsere Herzensmeinung auszugießen. Soviel steht fest, daß die Unternehmer sich den allerschlechtesten Dienst leisten, wenn sie ihre Interessen durch Männer vertreten lassen, die den Verhandlungstisch mit dem Gerichtssaal und den Tarifvertrag etwa mit dem Strafgesetzbuch verwechseln. Da wir aber im Interesse des Wirtschaftsfriedens genötigt sind, uns wieder — auf das Wann kommt es in diesem Augenblick nicht an — an einen Tisch zu setzen, wollen wir mehr zurzeit nicht sagen.

In Stuttgart fanden in derselben Woche gleichfalls Verhandlungen statt. Auch hier nahm Kollege Blum zeitweise teil. Die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen lassen zurzeit schon den Schluß zu, daß es zu einer freien Vereinbarung kommen wird, in denen die Wünsche unserer Kollegen teilweise ihre Befriedigung finden werden. Doch darüber später mehr. Für die übrigen Gebiete ist noch nicht verhandelt worden, doch ist zu erwarten, daß sich in den nächsten Tagen auch für Bayern, Mitteldeutschland und Westsachsen Verhandlungen anbahnen werden.

P. Blum.

Das bedrohte Achtstundenübereinkommen

Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt.

Wird es den Unternehmern gelingen, eine Revision des Washingtoner Achtstundenübereinkommens herbeizuführen? Mit Sicherheit kann in diesem Augenblick nicht prophezeit werden, ob diesen Bestrebungen Erfolg beschieden sein wird. Klar ist nur das eine: daß die Vertreter der Arbeiterklasse einen schweren Kampf auszutragen haben werden, um den Anschlag auf diese Errungenschaft abzuwehren.

Immer deutlicher zeichnen sich die Grenzen zwischen Anhängern und Gegnern ab. Es ist nicht nur die Gewerkschaftsbewegung, die von dem Augenblick an, als Betterton im Verwaltungsrat des IAA. seinen Vorschlag auf Revision des Washingtoner Uebereinkommens machte, sich mit aller Kraft diesem Anschlag widersetzte. Auch die Internationale „Vereinigung für sozialen Fortschritt" zögerte nicht, sich alsogleich gegen das Vorgehen der britischen Regierung und ihre geänderte Haltung in der Frage des Achtstundenübereinkommens auszusprechen und die ihr angeschlossenen Sektionen in den verschiedenen Ländern aufzufordern, alles zu tun, um noch die Ratifizierung des Achtstundenübereinkommens durchzusetzen. Auch eine Anzahl von Regierungen scheint keineswegs geneigt zu sein, zu einer Revision der Konvention die Hand bieten zu wollen. Luxemburg hat zur selben Zeit, als der Revisionsvorschlag der britischen Regierung erfolgte, beschlossen, alle von den zehn Internationalen Arbeitskonferenzen angenommenen Uebereinkommen den kompetenten Instanzen zur Ratifizierung vorzulegen. Andererseits hat die französische Regierung sich dahin ausgesprochen, daß sie sich jedem Revisionsvorschlag widersetzen würde. Der deutsche Arbeitsminister Brauns hat seinerseits bereits erklärt, daß der britische Regierungsvorschlag in keiner Weise dazu führen dürfe, die Ausarbeitung der Arbeiterschutzgesetzgebung, die auf dem Achtstundentag basiert sei, zu behindern.

Im Organ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes sagt der Sekretär dieser Zentrale, Charles Schürch, in überzeugender Weise dar, daß für die Ratifizierung der Washingtoner Konvention in der Schweiz keinerlei ernste Hindernisse vorhanden sind und der Mangel an Elastizität, den man dem Achtstundenübereinkommen von gewissen Seiten vorwirft, de facto keineswegs besteht.

Es tritt denn auch immer deutlicher hervor, daß die „Elastizität", die von den Arbeitgebern einer Reihe von Ländern jetzt gefordert wird und derentwegen eine Revision nötig sein soll, nur ein Vorwand ist, um dem Achtstundentag zu Leibe zu gehen und das Uebereinkommen zu verschlechtern.

Wie Jouhaux im französischen Arbeiterorgan „Le Peuple" mitteilt, haben die Beratungen, die kürzlich in der Geschäftsordnungskommission des IAA. über das bei einer eventuellen Revision zu verfolgende Verfahren geführt wurden, deutlich gezeigt, von welchen Absichten sich die Unternehmer in dieser Sache leiten lassen. Diese Absichten, bemerkt Jouhaux, der selbst der Kommissionssitzung beigewohnt hat, sind weit mehr davon beherrscht, dem Achtstundentag Schaden zuzufügen, als von dem Wunsche, einen Ausweg für die einer raschen Ratifizierung entgegenstehenden Schwierigkeiten zu finden.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Arbeiterbewegung ein schwerer Kampf bevorsteht; aber es liegt kein Grund vor, zu glauben, daß sie dabei den kürzeren ziehen müsse. Sollte die Revision der Washingtoner Achtstundenkonvention tatsächlich auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz vor 1929 gesetzt werden, dann wird sich noch zu zeigen haben, ob die Unternehmer zur Zeit der Behandlung dieses Gegenstandes noch ebenso stark sind wie im gegenwärtigen Augenblick und ob, falls es zur Revision kommen sollte, die Arbeiterbewegung nicht in der Lage sein wird, alle Kräfte aufzubieten, damit das Uebereinkommen in einem für die Arbeiter günstigen Sinne revidiert wird. Jouhaux gibt schließlich der Meinung Ausdruck, daß, im Falle die Revision auf die Tagesordnung gesetzt würde, gegenüber den Forderungen der Gegner seitens der Arbeitervertreter die Verbesserung der Konvention verlangt werden müsse, so daß das Prinzip der 45stündigen Arbeitswoche festgesetzt würde, was nur den Absichten entsprechen würde, die 1919 in Washington zur Annahme eines Passus in der Konvention selbst über die Möglichkeit einer Revision im Sinne einer Erweiterung geführt haben.

J. G. B.

Die Sozialgesetzgebung ist eine staatliche Prämie auf die Faulheit!

Die Gehässigkeit, mit der die landwirtschaftlichen Unternehmer der Sozialpolitik gegenüberstehen, kommt erneut in einer Rede zum Ausdruck, die der Landbunddirektor Hölzel anläßlich der letzten Dessauer Landbunddemonstration hielt. Nach der Bernburger „Volkswacht", Nr. 68, hat Hölzel der Feststellung, daß die Landbundmitglieder erklärt hätten, keine Sozialversicherungsbeiträge mehr zahlen zu wollen, nachstehende Bemerkungen folgen lassen:

„Die ganze Sozialgesetzgebung, namentlich das neue Reichsversicherungsgesetz zum Schutz der Arbeitslosen, wirkt so, daß man sie als staatliche Prämie auf die Faulheit deuten kann."

Das bezeichnende bei dieser Bemerkung ist, daß sie im Beisein des Sekretärs des Deutschen Zentralverbandes der Landarbeiter, Franz Bienke, getan wurde. Bienke hat mit keinem Wort dagegen protestiert.

In den Bemerkungen des Landbunddirektors Hölzel offenbart sich wiederum die „Arbeiterfreundlichkeit", zu der die landwirtschaftlichen Unternehmer fähig sind. Sie ist so groß, daß sie den Landarbeitern kaum die Luft gönnen. Der Beweggrund? Die Lebenslage der Landarbeiter soll so gedrückt wie möglich bleiben, um jederzeit einen unterwürfigen und anspruchslosen Arbeiterstamm zu besitzen.

Der 20. Mai ist ein Wahltag! Die Landarbeiter haben es an diesem Tag in der Hand, den landwirtschaftlichen Unternehmern für ihr Tun und Treiben eine Quittung auszustellen, bei der ihnen Hören und Sehen vergeht!

Die Reparationssachlieferungen im Jahre 1927.

Ueber eine halbe Milliarde Mark an Reparationssachlieferungen hat Deutschland im Jahre 1927 an seine Reparationsgläubiger ausgeführt. Der Wert dieser Sachlieferungen beträgt ungefähr die Hälfte der von Deutschland überhaupt im vorigen Jahre auf Reparationskonto geleisteten Zahlungen. Die Sachlieferungen sind, da die von Deutschland zu zahlenden Reparationsbeträge an sich immer noch steigen, seit 1924 von Jahr zu Jahr größer geworden. Sie betrugen 1927 schon 5,6 Proz. der gesamten deutschen Ausfuhr im freien Handelsverkehr. Nachstehend sind die wichtigsten Staaten, an die Deutschland auf Grund des Dawes-Planes Sachlieferungen im vorigen Jahre geleistet hat, unter besonderer Aufführung der hauptsächlichst gelieferten Rohstoffe und Fertigwaren aufgeführt:

Länder bzw. Waren	Reparations-Sachlieferungen in Mark	in Proz. der Ausfuhr im freien Handelsverkehr
Insgesamt	576 300 000	5,6
Davon nach		
Belgien:	61 810 000	20,5
Steinkohlen, Koks, Preßkohlen	16 200 000	"
Farben, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	14 200 000	"
Schwefelsaures Ammoniak	5 900 000	"
Frankreich:	364 380 000	184,8
Steinkohlen, Koks, Preßkohlen	185 800 000	"
Schwefelsaures Ammoniak	31 400 000	"
Bau- und Nutzholz	15 700 000	"
Maschinen (außer elektrischen)	12 400 000	"
Wasserfahrzeuge	10 200 000	"
Griechenland:	3 840 000	7,0
Möbel und andere Holzwaren	3 400 000	"
Italien:	75 940 000	19,7
Steinkohlen, Koks, Preßkohlen	60 100 000	"
Steinkohlenteeröle u. -derivate	7 100 000	"
Maschinen (außer elektrischen)	3 100 000	"
Jugoslawien:	42 560 000	58,7
Eisenwaren	12 700 000	"
Elektrische Maschinen	7 700 000	"
Maschinen (außer elektrischen)	7 600 000	"
Maschinen u. andere Holzwaren	3 300 000	"
Rumänien:	12 080 000	8,2
Maschinen (außer elektrischen)	7 100 000	"
Eisenwaren	4 400 000	"
Algerien:	7 670 000	1096,0
Steinkohlen, Koks, Preßkohlen	7 600 000	"
Japan:	4 940 000	2,5
Maschinen (außer elektrischen)	2 500 000	"
Elektrische Maschinen	800 000	"
Eisenwaren	600 000	"
Madagaskar:	1 220 000	244,0

Das Verhältnis der Reparationssachlieferungen zu den sonst im freien Handelsverkehr aus Deutschland bezogenen Waren ist in den einzelnen Ländern ein recht verschiedenes, aber doch immer ein beachtlich hohes. Frankreich erhält fast das Doppelte, seine Kolonien Madagaskar und Algerien erhalten das 2½fache bzw. sogar das 10fache an Reparationssachleistungen als sie Waren im freien Handelsverkehr beziehen. Im wesentlichen sind es Kohle, chemische Erzeugnisse und Maschinen, die Deutschland an Stelle der sonst fälligen Barzahlungen an die Alliierten auf Reparationskonto liefert.

Karl Marx

geboren am 5. Mai 1818.

Vor 110 Jahren wurde Karl Marx in Trier geboren. Der Vater, ein Anwalt aus altem Rabbinergeschlecht, trat 1824 mit den Seinen zum Protestantismus über. Neben dem Elternhaus hat das Haus eines Nachbarn, des Geheimen Regierungsrats Ludwig von Westphalen, dessen schöne Tochter Jenny ihm Gespielin, Freundin und Gattin wurde, auf seine geistige Entwicklung in der Frühzeit einen nennenswerten Einfluß ausgeübt. Nachdem Marx die beiden ersten Semester für Jura und Cameralia eingeschrieben, in Bonn zugebracht hatte, wandte er sich im Herbst 1836 nach Berlin, damals nicht nur der größten, sondern auch der lebendigsten Universität Deutschlands, wo unter Hegels zunächst noch unangetastetem enzyklopädischen Bau das ganze Reich der Geisteswissenschaften zusammengehalten wurde. Marx hat hier viele Vorlesungen belegt, doch wenige regelmäßig besucht. Bald wandte er sich von der Jurisprudenz, die ihm ein Brotstudium hatte werden sollen, der Geschichte und mehr noch der Philosophie zu. Er empfand dies als eine Notwendigkeit für die Entfaltung seiner produktiven Kräfte und faßte die Absicht, sich späterhin für Philosophie an einer deutschen Universität zu habilitieren. Später finden wir Marx in dem Kreis der Berliner Junghegelianer, der sich um den Bonner Privatdozenten Bruno Bauer geschart hatte. Die Maßregelung Bruno Bauers wegen seiner radikalen Evangelienkritik benahm bald darauf Marx den Wunsch nach akademischen Lorbeeren.

Um so willkommener war es ihm, daß 1842 die gerade ins Leben gerufene „Rheinische Zeitung", das erste preußische Oppositionsblatt größeren Stils, seine Mitarbeit forderte. Schon nach wenigen Monaten war der vierundzwanzigjährige Marx, um mit dem Zensor zu reden, „der doktrinäre Mittelpunkt" des Blattes in dessen kurzem, aber heißem Kampf gegen die würgenden Griffe der Zensur. Man erzwang zuerst Marxens Rücktritt, und als er, des Schreibens unter Zensur überdrüssig, die Absicht äußerte, Preußen zu verlassen, erklärte man in maßgebender Stelle, seine Gesinnungen stünden mit dem Prinzip des preußischen Staates in völligem Widerspruch, und seine Auswanderung wäre deshalb für diesen „kein Verlust". Marx beabsichtigte, gemeinsam mit Ruge, dessen Jahrbücher gleichzeitig mit der „Rheinischen Zeitung" zu erscheinen aufhören mußten, auf ausländischem Boden dem deutschen Radikalismus ein neues Organ zu schaffen. Sie entschieden sich für Paris. Die Jugendgeliebte sollte Marx dorthin als Gattin begleiten. An die Hochzeit schlossen sich in Kreuznach zwei schöne Sommermonate an, auch sie freilich, anders ging es bei Marx nicht, erfüllt von umfassenden Studien. Kurz zuvor erst hatte beim deutschen Publikum die sozialistische Gedankenwelt des Westens lebhafteres Interesse und breiteren Eingang gefunden.

In dem Sozialismus, der an Friedrich Engels, der nun bereits in Manchester das moderne Fabrikproletariat studierte, seine erste große Eroberung gemacht hatte, erkennt nun auch Marx die Strömung, der er die Kraft zutraut, fortan das Schiff seiner Gedanken und Gesinnungen zu tragen. Mit Ruge kommt es zum Bruch. Anfang 1845 wird Marx auf Preußens Drängen aus Paris vertrieben und geht nach Brüssel. Engels folgt ihm dahin. In polemischen Auseinandersetzungen, besonders mit Richtungen und Männern, die ihnen nach vor kurzer Zeit nahegestanden hatten, schufen sie hier ihre neue Geschichtsauffassung. Auf deren Boden erwuchs das Kommunistische Manifest, vielleicht das kondensierteste Geistesereignis in deutscher Sprache. Am Vorabend der europäischen Revolution sollte es den Arbeitermassen Europas ein gemeinsames, in Wahrheit freilich erst von wenigen erkanntes und befolgtes Programm werden. Während der Revolution finden wir Marx in Köln an der Spitze der „Neuen Rheinischen Zeitung", der ersten, aber bis auf den heutigen Tag glänzendsten sozialdemokratischen Tageszeitung Deutschlands. Der Zusammenbruch der Revolution trieb ihn von neuem, diesmal endgültig, ins Exil, zuerst in der trügerischen Hoffnung auf einen nahen neuen Ausbruch nach Paris, dann nach London, das ihm dauernder Wohnsitz wurde.

Seit Ende 1843 hatte sich Marx nationalökonomischen Studien zugewandt. Bald erstand der Gedanke an das große systematische Werk, das ihn von nun ab durch sein ganzes Leben begleitete. Aber auch dieses schreibt er unter dem Imperativ seines eigentlichsten Lebenszweckes, unter dem Gebot, das er als sein Schicksal empfand, aus dem Verlangen nach der Aufhebung des Proletariats. Aber wovon sollte er mit seiner Familie existieren? Den Rest seines kleinen Vermögens hatte er bei der „Neuen Rheinischen Zeitung" zugesetzt. Die Not blieb auch für das kommenden Jahre sein treuer Begleiter. Karl Marx hatte ein Recht zu dem bitteren Spott, daß wohl noch niemals so ohne Kapital über das Kapital geschrieben worden wäre. Nur durch die treue Hilfe Friedrich Engels war es Marx möglich, die eigene Arbeit fortzusetzen. So konnte er 1859 „Zur Kritik der politischen Oekonomie" und 1867 den ersten Band des „Kapitals" der Oeffentlichkeit übergeben. Die Weiterarbeit an dem großen wissenschaftlichen Werk wird unterbrochen durch Krankheiten, die seine Arbeitskraft lähmen. Der treuen Freundschaft Engels blieb es überlassen, unter Selbstbescheidung der eigenen Pläne das Marxsche Werk soweit wie möglich zu vollenden. Im Dezember 1881 stirbt seine Frau, die treue Gefährtin aller seiner Kämpfe und Leiden. Im Januar 1883 raubte ihm ein plötzlicher Tod seine Lieblingstochter Jenny Longuet. Am 14. März folgte er ihr. Er entschlief sanft auf seinem Lehnstuhl.

In einem Brief an Wilhelm Liebknecht meldete Engels der deutschen Sozialdemokratischen Partei das Ableben Karl Marx': „Trotzdem ich ihn heute abend in seinem Bett ausgestreckt gesehen, die Leichenstarre im Gesicht, kann ich mir doch gar nicht denken, daß dieser geniale Kopf aufgehört haben soll, mit seinen gewaltigen Gedanken die proletarische Bewegung beider Welten zu befruchten. Was wir alle sind, wir sind es durch ihn, was die heutige Bewegung ist, sie ist es durch seine theoretische und praktische Tätigkeit, ohne ihn säßen wir immer noch im Unrat der Konfusion." Karl Marx war der Mann, der bis zum letzten Atemzuge um die Selbsterlösung der leidenden Menschheit strebend bemüht war.

FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN

Die Frauen im Lohnkampf.

Durch die Mechanisierung des Arbeitsprozesses wird die Frau immer mehr aus dem Haushalt gerissen und in die Produktionsstätten getrieben. Diese Umstellung wird begünstigt durch die allgemeine Unsicherheit des Erwerbslebens. Ein erheblicher Teil der Männer ist gezwungen, von Kurzarbeiterlöhnen oder von der Arbeitslosenunterstützung zu leben. Dadurch werden viele Ehefrauen zur Erwerbsarbeit gezwungen. Die fortschreitende Zerlegung des Arbeitsprozesses durch die Rationalisierung ermöglicht die Einstellung von ungelernten Arbeitskräften und hier sind es wieder die Frauen und Mädchen, die von den Arbeitgebern mit Vorliebe aufgenommen werden. Ausschlaggebend für die Beschäftigung weiblicher Hände ist außer ihrer besonderen Geeignetheit für bestimmte, große Handfertigkeit erfordernde Verrichtungen, ihre billigere als die männliche Arbeitskraft und die Möglichkeit der Verwendung für die zerlegten und dadurch vereinfachten Arbeitsvorgänge. Auch in den Hauptbranchen unseres Verbandes nimmt die Frauenarbeit immer mehr an Umfang zu. Seit dem 1. Oktober 1926 wurden die Erhebungen über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf diese Hauptbranchen ausgedehnt. Es liegt daher nur eine kurze Zeitspanne von eineinhalb Jahren zu Vergleichen vor und doch ist das Ergebnis ein sehr überraschendes. Es wurden Verbandsmitglieder gezählt:

Lederwareninduſtrie				
1. Oktober 1926 .	13 106	davon 3457	weibl.	= 26,4 Proz.
1. April 1928 . .	13 338	davon 4055	weibl.	= 34,0 Proz.
Fahrzeug- einſchl. Kinderwagenbranche				
1. Oktober 1926 .	3 799	davon 496	weibl.	= 13,1 Proz.
1. April 1928 . .	4 322	davon 653	weibl.	= 15,1 Proz.
Tapezierer				
1. Oktober 1926 .	7 810	davon 711	weibl.	= 9,1 Proz.
1. April 1928 . .	8 811	davon 803	weibl.	= 9,1 Proz.

Dieses Anwachsen des Heeres der angelernten Hilfsarbeiterinnen als brauchbares Material für die Rationalisierung bedeutet für die gesamte Lohnbildung eine Gefahr. Bei den Lohnbewegungen erklären die Arbeitgeber, in den letzten vier Jahren seien die Löhne um 80 bis 90 Proz. gestiegen. Nun liegt es glatt auf der Hand, daß infolge des Anwachsens des weiblichen Elements im Produktionsprozeß und infolge der starken Entwicklung der Rationalisierung für viele Arbeitsvorgänge eine Senkung des Lohnniveaus stattgefunden hat. Die Spanne zwischen den Löhnen der männlichen und der weiblichen Arbeitskräfte ist zurzeit schon so groß, daß die unzureichende Entlohnung der Frauenarbeit auch auf die Löhne der Männer drücken muß. Dabei ist diese niedrigere Entlohnung durch nichts begründet als durch den unzureichenden Widerstand der arbeitenden Frauen und Mädchen gegen den einsetzenden Lohndruck durch den Arbeitgeber. Die Frau hat das Recht, ihre Arbeitskraft genau so teuer zu verkaufen wie der Mann, sie kann auch dieselben Ansprüche an das Leben stellen wie der Mann.

Deswegen müssen auch die Frauen den Kampf um bessere Löhne aufnehmen. Solange der Kapitalismus damit rechnen kann, daß die Arbeiterin zermürbt und bedürfnislos, ohne Verständnis für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß mit jedem Lohn, mit allen Arbeitsbedingungen zufrieden ist, kann er sie gegen die männliche Arbeitskraft ausspielen, sie als Lohndrückerin verwenden.

Vorwärts richte den Blick!

Das Märchen ist ein Gleichnis des Lebens. Aus dem Volke, seiner Seele wurde es. Volkserfahrung stellt es dar. Den Sinn des Lebens, wie ihn das Volk erfaßt.

Und in solchem Märchen heißt es einmal: Schau dich nicht um, denn zu Stein wird der, der sich umblickt!

Wilhelm Raabe hat uns einmal auf dieses Menschliche, Allgemeingültige dieses Märchens aufmerksam gemacht. Schau dich nicht um! Wer rückwärts blickt, kann nicht vorwärts. Denn der ist erstarrt wie ein Stein, der nur bewegt werden kann durch fremde Kraft.

Schau vorwärts! Dann siehst du, was noch zu schaffen ist. Dann wirst du nicht Stein, sondern Mensch, lebendiger, strebender Mensch. Und Mitmensch, Kämpfer. Dann drängt's dich zum Bruder. Dann zwingt's dich zum starken Verband.

Vorwärts! Welch eine Welt gilt es zu schaffen!
Vorwärts! Laßt uns einig sein in solchem Ziel!

Solange wird sie aber auch in den Augen der Arbeitskollegen wie der Gewerkschaft als Ballast empfunden. Ganz anders dort, wo die Frauen zeigen, daß sie nicht mehr die bedürfnislosen, unbegrenzt auszubeutenden Arbeitssklavinnen von ehemals sind, wo sie als leidenschaftliche, aber auch als disziplinierte Gewerkschafterinnen den Kampf gegen die Senkung ihrer und der ganzen Arbeiterschaft Lebenshaltung aufnehmen. Bringt die gewerkschaftliche Organisations- und Schulungsarbeit die Arbeiterin zur Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer gewerkschaftlichen Möglichkeiten, so wird sie zur begeisterten und disziplinierten Mitkämpferin.

Im ersten Schuljahr.

Wenn unsere Sechsjährigen jetzt die ersten Wochen der Schulzeit hinter sich haben, dann ist wohl bei den meisten der Eindruck vorhanden, daß dieses erste Schuljahr doch nicht gar so schlimm ist, wie sie es oft im stillen befürchteten. Soviel auch im Schulleben noch neu zu gestalten ist, den Erfolg haben die jahrelangen Bestrebungen der Schulreformer errungen, daß sich doch wenigstens das erste Schuljahr sehr von dem ersten Schuljahr unterscheidet, das wir Aelteren einmal durchgemacht haben. Damals war der Schulbeginn für uns Sechsjährige ein scharfer Einschnitt in unser Leben. Aus dem Spiele heraus ging es auf die Schulbank zu einem Lernen, das so ganz anders als das Spiel der vorhergehenden Jahre war. Wir wurden gedrillt. Von außen her versuchte man, uns die Anfänge des Lesens und Schreibens beizubringen, und das, was da in uns gebieterisch sich regte, fand keine Beachtung.

Heute hat der biologische Gedanke gesiegt, daß alles organisch aus dem Wesen des Kindes wachsen müsse und daß der erste Unterricht darum nicht frei von Spiel sein darf. Die Knetmasse gehört heute zu den notwendigen Utensilien des ersten Schuljahres in einer modernen Schule, und diese Einführung des Spiels in den Unterricht hat sich überall bewährt.

Des Spiels? Ja, des Spiels können wir sagen. Wir können aber auch sagen der Kunst. Denn es handelt sich hier um die Befriedigung der künstlerischen Triebe des Kindes. Ja, mehr noch als das. Wir können auch sagen der Arbeit. Denn dieses Spiel, diese Kunst ist dem Kinde Arbeit, ernste Arbeit, bei der es mit seiner ganzen Seele ist.

Glückliche Kinder! Euch ist Arbeit und Spiel und Kunst ein Eines. Ihr gestaltet und arbeitet und seid froh. Ihr seid Künstler und Schaffende, und ihr seid mit eurer ganzen kleinen Persönlichkeit bei eurem Werk. Euch ist errungen, was uns noch zu erringen vorbehalten ist. Ihr seid uns die Künder des Glücks, ihr Kleinen. Ihr zeigt uns, wie das Leben froh zu machen ist. Wenn Arbeit beglückt, dann hat das Leben Inhalt. Ihr kleinen Glücklichen sollt uns Lehrmeister sein!

Vorbeugen, nicht abtreiben. Von Luise Otto. 48 S., 87. bis 96. Tausend, 50 Pf. Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg.

Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen, nennt sich diese Schrift. Die hohe Auflagenziffer und die Billigkeit sind Beweis genug, daß es sich hier um ein wahres Volksbuch handelt. Mit rücksichtsloser Offenheit, ohne Verschleierung und Vertuschung wird hier über die wichtigsten geschlechtlichen Probleme geredet und es werden mutig die Dinge beim Namen genannt. Wir möchten deshalb erneut diese Broschüre empfehlen und wünschen im Interesse einer vernunftgemäßen Geburtenregelung der Schrift von Luise Otto eine noch weitere Verbreitung.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Zwei Gewerkschaftsjubilare. Am 1. Mai waren es dreißig Jahre, daß der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Wilhelm Schneegaß, seinen Posten als besoldeter Sekretär im Vorstand dieses Verbandes antrat. Schneegaß stammt aus Thüringen, gehört schon seit 44 Jahren seiner Organisation an und hat in seiner langen Verbandstätigkeit den Holzarbeiterverband aus den kleinsten Verhältnissen zur heutigen Machtposition emporwachsen sehen. Wir wünschen dem Jubilar, daß er noch lange Jahre in geistiger und körperlicher Frische leben möge.

Auf eine gleichfalls dreißigjährige Tätigkeit als Gewerkschaftsredakteur kann am 1. Mai der Genosse Fritz Krieg, der bisherige Redakteur der „Brauerzeitung", zurückblicken. Genosse Krieg ist zurzeit der dienstälteste deutsche Gewerkschaftsredakteur. Sein ganzes Leben war dem Kampf für die Verbesserung der Lage der Brauereiarbeiter gewidmet. Die „Einigkeit" schreibt: „Möge der alte Gewerkschaftsstratege unserer Bewegung noch recht lange körperlich und geistig frisch erhalten bleiben. Sein Rat wird auch im neuen Verband gebraucht werden. Fleiß, Hingebung für die Verbandssache, Energie und Ausdauer, die Kollege Krieg innerhalb der dreißig Jahre seines Wirkens als Verbandsredakteur an den Tag legte, verdienen Nachahmung.

Gustav Sabath 65 Jahre. Am 1. Mai vollendet der Vorsitzende des Berliner Gewerkschaftsausschusses, Gustav Sabath, sein 65. Lebensjahr. Von Beruf Schneider, wurde er schon 1892 als Geschäftsführer der Hamburger Verwaltungsstelle des Schneiderverbandes gewählt. 1896 bestimmte ihn der Berliner Gewerkschaftskongreß zum 2. Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 1902 wurde Sabath Redakteur des Schneiderverbandes und hatte diesen Posten inne bis zu seiner 1920 erfolgten Wahl in sein jetziges Amt. Wie rüstig Genosse Sabath heute noch ist, beweist, daß er von der Berliner Arbeiterschaft erneut als aussichtsreicher Kandidat für den Preußischen Landtag aufgestellt wurde.

Die Entwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. Der vierte Geschäftsbericht der Bank für das Jahr 1927 liegt vor. Er läßt eine erfreuliche Erweiterung der Bank und der getätigten Geschäfte erkennen. Der Gesamtumsatz der Bank hat 1,35 Milliarden Mark betragen. Die Einlagen sind seit Beginn des Berichtsjahres bis Ende 1927 um rund 36 Millionen Mark gestiegen und betrugen insgesamt 79 Millionen Mark. Die Erweiterung des Revisions- und Treuhandgeschäfts hat der Bank Veranlassung gegeben, im Herbst des Jahres eine „Gesellschaft für Vermögensverwahrung und -verwaltung" (Treuhand und Revision) m. b. H. zu gründen. Neue Filialen sind in Bremen, Dresden und Frankfurt gegründet worden. Die Entwicklung dieser Filialen ist recht zufriedenstellend. An den Einlagen der Bank sind die Gewerkschaften mit 59,8 Proz. beteiligt. Die Sparkasseneinlagen betragen insgesamt rund 13 Millionen. Kredite wurden vorwiegend im Interesse des Wohnungsbaues an Kommunen, Baugenossenschaften, Bauhütten und kulturelle Organisationen gegeben. Die Konten haben sich im Laufe des Jahres um 60 Proz. vermehrt und haben am Schluß des Jahres 1680 betragen. Die Bilanz weist unter Aktiva 6, unter Passiva 5 Kontenabschlüsse auf, so daß durch diese strenge Zusammenfassung der sich gegenüberstehenden Konten ein Einblick in die Interna der Kreditgeschäfte nicht gewährt wird. Dennoch läßt die Gesamtübersicht den Schluß zu, daß das Abschlußergebnis des Berichtsjahres als ein recht zufriedenstellendes zu bewerten ist. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeitigt trotz nennenswerter Abschreibungen einen Reingewinn von 903 875,36 Mk., dessen Verteilung durch die vierte ordentliche Generalversammlung wie folgt beschlossen wurde: 1. dem gesetzlichen Reservefonds 300 000, 2. dem Spezialreservefonds 150 000, 3. zur Ausschüttung einer zehnprozentigen Dividende 400 000, 4. den verbleibenden Rest von 53 875,36 Mk. auf neue Rechnung. Alles in allem steht die Bank im Zeichen einer erfreulichen Weiterentwicklung.

Die Dachdecker haben die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund wieder abgelehnt. Einem Beschluß des letzten Verbandstages folgend, haben die Dachdecker in den Monaten März, April erneut eine Abstimmung wegen Anschlusses an den Baugewerksbund vorgenommen. Die Beteiligung war dieses Mal die stärkste von allen bisherigen. Von 10 800 Mitgliedern stimmten nur 6541, also 61 Proz., ab. Davon haben 3154 mit Ja, 3387 mit Nein gestimmt.

Umgerechnet nach dem Beschluß des letzten Verbandstages, wonach, wenn 65 Proz. der Stimmen für Ja stimmen, die gesamten Mitglieder für Ja gezählt werden (oder umgekehrt), so ergibt das 3913 Ja-Stimmen und 6696 Nein-Stimmen.

Jedenfalls ist noch nicht einmal eine einfache Mehrheit erreicht worden im Gegensatz zur Abstimmung 1926, wo nur 320 Stimmen an der Zweidrittelmehrheit fehlten. Die Situation für die Vereinigung ist also ungünstiger geworden.

Bei der Ablehnung spielte vor allen Dingen eine Rolle, daß die Mitglieder ihre „Dachdecker-Zeitung" nicht missen wollen; ferner, daß sie glauben, im großen Verband viele Eigenheiten zu verlieren, die die eigene Organisation gewährt; dann aber auch der Umstand, daß sich der Verband organisatorisch, finanziell und in bezug auf seine Tarifpolitik recht günstig entwickelt hat.

Dadurch wurden vielfach die großen Gesichtspunkte, auf die im Fachblatt hingewiesen worden war, völlig außer acht gelassen.

Mit dieser Abstimmung müssen vorläufig die Versuche eingestellt werden, denn es hat sich gezeigt, daß durch das wiederholte Abstimmen ein gewisser Widerstand großgezogen worden ist, der von einem Mal zum anderen größer wurde.

Unsere Lohnbewegungen.

Tapezierergewerbe.

Groß-Berlin. Die Mindestlöhne für Tapezierer im ersten und zweiten Jahr nach beendeter Lehrzeit betragen ab 2. Mai 1928 81 Pf., ab 1. Oktober 1928 83 Pf. und ab 1. Januar 1929 85 Pf. Für Tapezierer, die länger als zwei Jahre ausgelernt haben, beträgt der Mindestlohn ab gleichem Datum 1,25 Mk., 1,28 Mk. und 1,30 Mk., für Tapeziernäherinnen 91, 93 und 95 Pf. Auf alle bestehenden Löhne und Akkordstundenlöhne erfolgt der gleiche Aufschlag, der zwischen dem alten und dem neuen Mindestlohn liegt.

Dresden. Ab 1. April 1928 beträgt der Mindestlohn für die älteste Facharbeitergruppe 1,08 Mk., ab 1. Oktober 1928 1,10 Mk. Näherinnen erhalten 68 resp. 70 Pf., Matratzenarbeiterinnen 73 bzw. 75 Pf.

Frankfurt a. M. (Stapelmöbelindustrie.) Der Tariflohn für den Facharbeiter über 22 Jahre wurde ab 1. April 1928 um 6 Pf. auf 1,14 Mk. pro Stunde erhöht.

Bernburg. Der Stundenlohn für die älteste Facharbeitergruppe wurde ab 1. April 1928 auf 94 Pf. festgelegt.

Dessau. Der Mindestlohn für die über 24 Jahre alten Gehilfen wurde ab 6. Mai 1928 um 5 Pf. auf 1 Mk. erhöht.

Görlitz. Der Lohn für die Gehilfen über 23 Jahre wird ab 28. April 1928 um 5 Pf. auf 90 Pf., ab 1. Oktober 1928 um weitere 5 Pf. auf 95 Pf. pro Stunde erhöht. Die Zulage für jüngere Gehilfen beträgt vom gleichen Zeitpunkt ab 5 und 3 Pf., zusammen 8 Pf. pro Stunde.

Halberstadt. Der Tariflohn wurde ab 2. März 1928 auf 1,02 Mk. und ab 28. September 1928 auf 1,04 Mk. festgesetzt.

Hildesheim. Ab März wurden 98 Pf. pro Stunde vereinbart und ab 1. Oktober 1928 1,01 Mk.

Königsberg. Der Stundenlohn wird ab 15. April 1928 um 6 Pf. auf 96 Pf. erhöht.

Osnabrück. Der Lohn der Facharbeiter über 22 Jahre wurde auf 1,02 Mk. festgelegt, ab 1. Oktober 1928 wird der Lohn auf 1,05 Mk. erhöht.

Fahrzeugindustrie.

Zeitz. Kinderwagenfabrikation. Der Tarifstundenlohn der Facharbeiter über 22 Jahre wird ab 23. April auf 80 Pf., ab 1. November 1928 auf 82 Pf. erhöht.

Lederwaren.

Abschluß des Bundestarifs. Die Verhandlungen für das Gebiet des Lederwarentarifes des Berliner Bundes vor dem Reichsarbeitsministerium am 27. April haben zu einer freien Vereinbarung geführt, die noch etliche Verbesserungen brachte, über die wir nächstens ausführlicher berichten.

Die Offenbacher Fabrikanten haben den Offenbacher Schlichter angerufen, wo am Montag, dem 30. April, Verhandlungen stattfinden.

Lederwarenindustrie.

Mainz. Ab 15. April 1928 wird der Lohn des Fädizarbeiters über 23 Jahre von 82 auf 88 Pf. erhöht.

Zelte und Pläne.

Groß-Berlin. Der Stundenlohn wird ab 13. April um 7 Pf. auf 1,42 Mk., ab 1. September 1928 um 3 Pf. auf 1,45 Mk. erhöht. Segelmacher erhalten 10 Pf. pro Stunde mehr. Der Lohn der Hilfsarbeiter beträgt 1,28 bzw. 1,31 Mk.; der Lohn für Maschinennäherinnen 1 06 bzw. 1,08 Mk. Für Handnäherinnen werden 0,92 bzw. 0,94 Mk. pro Stunde bezahlt.

Handwerkssattler.

Freistaat Sachsen. Am 24. April 1928 wurden die Mindestlöhne für Handwerkssattler über 23 Jahre in Ortsklasse A (Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zwickau) um 5 Pf. auf Mk. 0,98, in Ortsklasse B (Annaberg, Aue, Bautzen, Borna, Burgstädt, Döbeln, Frankenberg, Grimma, Leisnig, Marienberg, Neustadt, Riesa, Rochlitz, Crimmitschau, Falkenstein, Freiberg, Glauchau, Meerane, Meißen, Oelsnitz, Pirna, Radeberg, Reichenbach, Werdau, Wurzen, Zittau) auf Mk. 0,95 und in Ortsklasse C (alle weiteren Orte) auf Mk. 0,92 pro Stunde erhöht. Das Lohnabkommen kann zum 30. September 1928 gekündigt werden.

Durch Lohnabkommen zum Tarif für die Handwerkssattler betragen im **Handwerkskammerbezirk Berlin** die Mindestlöhne ab 23. April 1928 in Ortsklasse A (Groß-Berlin) 96 Pf., in der Ortsklasse B (Bernau, Eberswalde, Luckenwalde, Oranienburg, Ruthenow, Strausberg, Wittenberge) 82 Pf., in der Ortsklasse C 72 Pf. und in der Ortsklasse D 68 Pf. Ab 2. September 1928 wird der Lohn in Ortsklasse A auf 1 Mk., in Ortsklasse B auf 85 Pf., in Ortsklasse C auf 75 Pf. und in Ortsklasse D auf 70 Pf. festgelegt.

Alle übrigen Löhne der jüngeren Arbeitskräfte, Hilfsarbeiter, Arbeiterinnen usw. bei den oben angeführten Branchen erhöhen sich gleichfalls im prozentualen Verhältnis.

Streiks und Aussperrungen.

Groß-Berlin. Die Linoleum- und Teppichleger haben, weil keine Verständigung mit den Arbeitgebern erzielt werden konnte, die Arbeit niedergelegt.

In Rostock stehen die Tapezierer im Ausstand wegen Tarif- und Lohnfragen.

Durch die Metallarbeiteraussperrung im Freistaat Sachsen sind unsere Kollegen in Bautzen, Chemnitz, Crimmitschau, Dresden, Freiberg, Leipzig, Werdau, Zwickau, ferner in Hannover in Mitleidenschaft gezogen worden.

Kollegen, übt Solidarität, haltet Zuzug fern!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Aus unseren Berufskreisen

Vor der Gründung des ostdeutschen Waggontrustes. Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, ist über das Zusammenschlußprojekt in der ostdeutschen Waggonindustrie eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Es wird eine Vollfusion der Waggon- und Maschinenfabrik Akt.-Ges. vormals Busch in Bautzen, der Linke-Hoffmann-Werke Akt.-Ges. und der sächsischen Waggonfabrik Werdau Akt.-Ges. stattfinden. Das Kapital der neuen Gesellschaft wird zirka 30 Millionen Mark betragen, mithin den Kapitalien der drei Gesellschaften (Linke-Hoffmann 21 Millionen, Busch Waggon 7 Millionen, Waggonfabrik Werdau 3,7 Millionen Mark) ziemlich entsprechen.

Die bekannte Offenbacher Lederwarenfabrik A.-G. Gunzenhäuser u. Co. ist, hauptsächlich durch Verluste im Exportgeschäft, in Zahlungsstockungen geraten. Ein Vergleichsverfahren mit den Gläubigern ist eingeleitet.

Korrespondenzen

Breslau. In der Mitgliederversammlung am 17. April berichtete der Vorsitzende Kollege Walter über seine Tätigkeit im letzten Vierteljahr. Zwei Lohn- und Tarifverhandlungen, zwei Werkstattverhandlungen sowie 33 andere Sitzungen fanden statt. Der Kassierer Kollege Olschowski gab hierauf die Quartalsabrechnung. Es erfolgten 41 Neuaufnahmen, auf der anderen Seite sind nun alle die restlos zum Ausschluß gekommen, welche längst dazu reif waren, so daß wir als wirklich zahlende Mitglieder 356 buchen können, und zwar 305 männliche, 17 weibliche und 36 Lehrlinge. Die Beitragsleistung ist befriedigend; umgesetzt wurden 3403 Beitrags- und 1146 Anerkennungsmarken. Ueber Tarif- und Lohnbewegungen sprach nun Kollege Walter. Die Tapeziererinnung reicht keine Gegenvorschläge zu unserm Tarifentwurf ein und lehnt eine Bindung durch einen Tarif ab. Der Schlichtungsausschuß hat nun einen neuen Termin zum 24. April festgesetzt. In Sachen des Lohnabkommens der Treibriemer fanden Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Dieselben endigten mit einem Vergleich, wonach die bisherigen Löhne um 5 Proz. erhöht werden mit Wirkung bis 31. Dezember. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten kam nochmals die geplante Einführung einer Altersversicherung zur Sprache. Wir stehen derselben sympathisch gegenüber. Bedenken bestehen betr. der dadurch nötigen Beitragserhöhung, und soll der erweiterte Vorstand die entsprechenden Zahlenunterlagen schaffen. R.

Braunschweig. Versammlungsbericht vom 13. April 1928. Zum ersten Punkt „Beschlußfassung zur Altersversicherung" erstattet Kollege Walter den Bericht. Nach erfolgter Aussprache, an der sich die Kollegen Schellbach, Woratz, Duwer, Rott und Wehe beteiligten, kam nachstehende Entschließung zur Annahme:

„Gegen die von einer Anzahl freigewerkschaftlicher Verbände in Aussicht genommene Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung bestehen, soweit unsere Organisation in Frage kommt, folgende Bedenken.

Eine Erhöhung der Verbandsbeiträge wird allseitig auf Widerstand stoßen; ohne Beitragserhöhung jedoch die Versicherung ein- und durchzuführen, ist der Verband kaum in der Lage.

Andere Verbände (z. B. der Buchdruckerverband), die eine Invalidenversicherung eingeführt haben, bei Festsetzung der Satzungen nachzuahmen, müssen wir entschieden ablehnen, weil die Leistungen der Verbände an die Mitglieder keineswegs der Beitragszahlung entsprechen.

Weiterhin sind, im Gegensatz zu vielen anderen Berufen, unsere Mitglieder nur in geringem Maße bei Betriebsunfällen mit nachfolgender dauernder Invalidität in Mitleidenschaft gezogen. Auch die Ziffer für gewisse Berufskrankheiten ist stetig im Sinken begriffen.

Ferner ist es Pflicht der Gewerkschaften, dahin zu wirken, daß die Sozialversicherung des Staates immer mehr zugunsten der Versicherten ausgebaut wird. Eine auf allen Gebieten durchgeführte Unterstützungsaktion der Gewerkschaften selbst gibt den Gegnern der Sozialversicherung die schärfste Waffe in die Hand. Die Gewerkschaften werden dadurch ihres Kampfcharakters entkleidet und können in den kommenden schweren Wirtschaftskämpfen leicht unterliegen. Alles in allem, weil bei einer Beitragserhöhung mit Mitgliederverlust zu rechnen ist, ohne Beitragserhöhung aber die Kasse des Verbandes zu sehr in Anspruch genommen wird, und es einen anderen gangbaren Weg nicht gibt, lehnen wir die Einführung der geplanten Versicherung ab."

Punkt 2 „Stellungnahme zur Maifeier" erforderte die Kenntnisnahme des Kartellberichts. Kollege Lanko erstattete den Kartellbericht, darauf verweisend, daß infolge Mehrheitsbeschluß des Kartells die diesjährige Maifeier von den politischen Parteien durchgeführt werden sollte, im Gegensatz zu den in den letzten Jahren immer gemeinsam von den Gewerkschaften veranstalteten Maifeiern. Die darauf einsetzende erregte Diskussion, bei der die Kollegen Wehe, Woratz, Becker, Rott, Beese, Walter und Lanko zu Worte kommen, zeitigt das Ergebnis, daß bei erfolgter Abstimmung der Beschluß des Kartells mit knapper Majorität gebilligt wird. Dadurch erleben wir am 1. Mai das unerquickliche Schauspiel, daß unsere Gewerkschaft in zwei verschiedene Lager getrennt demonstriert.

Unter „Verschiedenes" wurden der schon vorgerückten Stunde zufolge in aller Kürze noch einige unwesentliche Angelegenheiten erledigt. Anwesend 42 Kollegen.

Walter.

Eingesandt.

Reutlingen. In Nr. 15. unserer Verbandszeitung befindet sich ein Artikel des Kollegen Hegenbart, Berlin, „Sollen die Gewerkschaften Alters- und Invalidenversicherung einführen". Ich will die Frage gleich mit ja beantworten. Im ersten Teil seiner Ausführungen kann man mit verschiedenen Punkten einverstanden sein. Es ist geradezu traurig, daß man Männer mit 40 Jahren schon für zu alt hält. Was fragen denn die Herren Unternehmer danach, wie der Arbeiter, wenn er auf die Straße fliegt, sich mit seiner Familie durchschlägt. Die heutige Gesellschaftsordnung will es so haben, niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, daß es ja dem Arbeiter nicht zu wohl wird. Man könnte darüber noch manches sagen. Um nicht ins politische Gebiet überzugehen, will ich mich mit dem anderen Teil befassen. Kollege Hegenbart schreibt zahlreiche Mitglieder seien mit Illusionen erfüllt und glauben, vor Not und Elend geschützt zu werden. Ich kann das nicht für Illusionen ansehen, wenn man im vorgerückten Alter vom Verband eine Unterstützung bekommt. Ja, Kollege Hegenbart, stelle dir einmal vor, wenn man wegen Alter oder Krankheit auf die Straße gesetzt wird und hat hinten und vorn nichts wie Gottes Armut im Säckle und muß sich Gedanken machen, wenn man viele Jahre seine Arbeitskraft hergegeben hat. Nun steht er hilflos da. Ja, Kollege Hegenbart, man muß sich in die Lage hineinstellen. Da wird wohl jeder froh sein, wenn er von seinem Verband eine Unterstützung bekommt. Ich betrachte die Einführung der Altersversicherung als ein Gebot der Notwendigkeit. Es geht gar nicht anders. Weiter wird geschrieben: „Soziale Fürsorge darf es bei den Gewerkschaften nicht geben, sie seien Kampforganisationen und keine Unterstützungsvereine". Diese Einwände sind abgedroschen und nicht mehr zeitgemäß. Mit der Umstellung des Arbeitsprozesses müssen wir versuchen, von veralteten Ansichten loszukommen. Die Arbeiterschaft kann sich den Luxus nicht mehr leisten, Ideologien nachzuhängen, die zu anderen Zeiten und unter anderen Umständen etwas für sich hatten, heute aber nicht mehr den Wert besitzen wie Anno dazumal. Kollege Walter Sülberg kommt in einem Artikel Nr. 9 unserer Zeitung mit dem Einwand: „Der Staat soll für seine Bürger sorgen". Ach du lieber Gott, wenn wir uns auf den Vater Staat verlassen müssen (ich verlasse mich schon 32 Jahre), dann sind wir verlassen. Ich will einmal sagen: der Staat könnte ja den Verbänden Zuschüsse gewähren. Auch das würde er nicht machen. Ohne Erhöhung der Beiträge wird es wohl nicht gehen. Dieses Opfer werden die Kollegen gern tragen, wenn sie sehen, daß man im Alter einigermaßen eine Versorgung bekommt. So könnte sie natürlich nicht sein wie bei den hohen Herrschaften, wo der Staat 10 000 bis 26 000 Mark hinauswirft. Kollege Hegenbart empfiehlt glatte Ablehnung. Es ist das, wenn man den Entwurf noch gar nicht kennt, eine etwas voreilige Ansicht. Mit der glatten Ablehnung ist die Sache nicht erledigt. Ich werde meine Kraft einsetzen so gut ich kann zum Nutzen der Mitglieder. Der Kampfesmut des Verbandes wird dadurch nicht erlahmen und wird derselbe nach wie vor seinen Mann stellen. Unser Hauptvorstand sagte, daß der Arbeiter von Zukunftsmusik nicht leben kann, sondern praktisches Handeln immer noch der beste Weg ist. Diesen Satz kann ich nur unterstreichen.

Friedrich Buck.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen)

Vom 30. April bis 6. Mai 1928 ist der 18. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Achtung! Monatsberichtskarten einsenden!

Alle Verwaltungsstellen, welche die Monatsberichtskarten für den Monat April noch nicht eingesandt haben, werden dringend ersucht, das bisher Versäumte bis spätestens zum 8. Mai nachzuholen.

Adressenänderungen

Glogau. Kassierer Erich Maluche, Jerbau b. Glogau, Gemeindeh.

Hildesheim. Vorstand Hermann Lindenberg, Calenberger Graben 9.

Finsterwalde. Kassierer Otto Sebastian, Schloßstr. 7.

Münster i. Westf. Kassierer Heinrich Böckmann, Indelfelder Straße 51.

Sterbetafel

Geraberg. Am 19. April starb der Kollege Otto Fischer im Alter von 62 Jahren

Reutlingen. Nach langem und schwerem Leiden starb im Alter von 71 Jahren unser Mitglied Jakob Lindro.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Bruno Engel, Berlin. Verlag: P. Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.